

1. Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes

Wo sehen Sie Möglichkeiten, die Kommunen bei der Umsetzung zu unterstützen?

Wir sprechen uns dafür aus, dass die Kommunen in die finanzielle Lage versetzt werden, seniorenpolitische Gesamtkonzepte zu planen und durchzuführen. Die kommunale Selbstverwaltung ist zu stärken. Dazu gehört eine ausreichende Finanzausstattung damit nicht nur Konzepte entwickelt, sondern auch umgesetzt werden. Wir hoffen, dass wir nach der nächsten Kommunalwahl mit mehr Mandatsträgern die berechtigten Anliegen der Senioren vor Ort besser unterstützen können.

2. Altersarmut

Wie sehen die strategischen Planungen Ihrer Partei zur Bekämpfung bestehender und zur Vermeidung zukünftiger Altersarmut aus?

Altersarmut hat auch - aber nicht nur - mit schlechter Bezahlung während des Arbeitslebens zu tun. Darum steht für DIE LINKE am Anfang, für gute Beschäftigung und gute Bezahlung zu sorgen. Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 12 Euro je Stunde erhöht werden, nur dann lässt sich damit eine Rente oberhalb der Grundsicherung erreichen.

Bei der Rente selbst müssen die krassen Fehlentscheidungen der vergangenen 18 Jahre zurückgenommen werden. Die um die Jahrtausendwende angeschobene Teilprivatisierung der Rente muss zurückgenommen werden: Die enorm hohen Kosten der Riester-Rente und deren geringe Verbreitung zeigen deutlich, dass die Privatisierung der Rente ein Irrweg war. Stattdessen müssen die Zuschüsse, die derzeit in die Riester-Förderung fließen, in die Gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt werden. Bestehende Riester-Verträge müssen in die Gesetzliche Rentenversicherung überführt werden können. Und die Gesetzliche Rentenversicherung ist zu stärken. Das Rentenniveau muss deutlich angehoben werden, 53 Prozent ist das Ziel. Um Altersarmut gezielt zu bekämpfen, müssen Zeiten mit niedrigem Lohn und entsprechend niedrigen Beiträgen zur Rentenversicherung ausgeglichen werden: wer längere Zeit für wenig Geld arbeiten musste, dessen Rentenansprüche werden so berechnet, als hätte er/sie ein höheres Gehalt erhalten (Rente nach Mindestentgeltpunkten). Für Kindererziehungszeiten, die oft genug einen Ausstieg aus dem Beruf und einen nur schwierigen Wiedereinstieg zur Folge haben, müssen drei Jahre für die Rente angerechnet werden - ganz egal, ob zwei oder drei Kinder, ob vor oder nach 1992 geboren. Und schließlich brauchen wir eine echte Haltelinie nach unten: die Solidarische Mindestrente soll garantieren, dass niemand im Alter mit weniger als 1050 Euro netto monatlich auskommen muss. Wer weniger erhält und kein sehr großes Vermögen hat, erhält einen entsprechenden Zuschuss.

Die Finanzierung

Die Rente muss wieder paritätisch finanziert werden. Zurzeit zahlen ArbeitgeberInnen 9,3 Prozent, die Beschäftigten mit Riester aber 13,3 Prozent von ihrem Einkommen. Zusammen 22,6 Prozent - der echte Beitragssatz liegt also längst über 20 Prozent.

Gleichzeitig wollen wir die Rentenversicherung zu einer echten Erwerbstätigenversicherung umbauen: alle Erwerbstätigen, also auch Beamte, PolitikerInnen, Selbstständige usw. sind mit ihrem Arbeitseinkommen in der Gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert. Die Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft - alle müssen also ihrem vollen Arbeitseinkommen entsprechend einzahlen, auch Einkommensmillionäre. Andererseits wollen wir einen stärkeren sozialen Ausgleich über die Rentenversicherung sicherstellen: bei sehr hohen Einkommen werden die späteren Rentenansprüche abgeflacht: Millionäre brauchen keine übermäßig hohe Rente.

Zudem muss die so genannte Mütterrente vollständig steuerfinanziert werden.

All das zusammen würde die Rentenversicherung um Milliarden entlasten, so dass eine lebensstandardsichernde Rente allein dadurch weitgehend finanzierbar wäre.

Unsere Forderungen zur Rente kurz zusammengefasst lauten:

1. eine sanktionsfreie Grundsicherung für alle von aktuell 1050,-
2. Anhebung der Rente auf 53% vom Brutto
3. Rente mit 65
4. Anhebung bzw. Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen zur Rentenversicherung bei gleichzeitiger Abflachung der dadurch sonst entstehenden hohen Rentenzuwächse.

3. Pflege

Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Situation in der Altenpflege konkret zu verbessern?

Halten Sie die im Koalitionsvertrag CDU-CSU-SPD insoweit vorgesehenen Maßnahmen für ausreichend?

Auch DIE LINKE ist überzeugt, dass es grundlegender Änderungen in der Pflegeversicherung bedarf, um den Pflegeberuf so attraktiv zu machen, dass qualifizierte Fachkräfte gut arbeiten können und anerkannt werden. Wir wollen als Sofortmaßnahmen einen bundeseinheitlich höheren Pflegeschlüssel. Seine Einhaltung muss kontrolliert werden. Im Antrag „Sofortprogramm gegen den Pflegenotstand in der Altenpflege“ (BT-Drs: 19/79) forderten wir kurz nach der Bundestagswahl: „Ein bundeseinheitlicher, verbindlicher (rechnerischer) Personalschlüssel im Tagdienst von einer Pflegekraft für zwei Bewohnerinnen und Bewohner und im Nachtdienst einen Personalschlüssel von 1 zu 20 als vorläufige Mindestpersonalbesetzung in stationären Pflegeeinrichtungen bis zur Umsetzung eines wissenschaftlichen Verfahrens zur Personalbemessung im Jahr 2020 ist einzuführen. Dabei ist die Fachkraftquote von 50 Prozent als Mindeststandard einzuhalten“.

DIE LINKE will bundeseinheitlich, dass keine Pflegefachkraft nach dreijähriger Ausbildung mit weniger als 3.000 Euro brutto in den Beruf einsteigt. Parallel soll der Pflegemindestlohn für die Helfertätigkeiten sofort auf 14,50 Euro angehoben werden. Wir wollen allgemeinverbindliche tarifliche Bezahlung in der Pflege. Weiter- und Fortbildung sollen für die Pflegekräfte kostenfrei sein. Für eine bessere Arbeitsorganisation wollen wir das vereinfachte Dokumentationsverfahren verbindlich in allen Einrichtungen. Außerdem sollen digitale technische Hilfssysteme - aus öffentlichen Mitteln finanziert – eingesetzt werden. Bedingung dafür muss ein, dass a) keine Pflegekräfte ersetzt werden und b) nicht die Menschen mit Pflegebedarf die höheren Kosten durch weiter steigende Eigenanteile und Heimkosten tragen müssen.

Wir teilen ausdrücklich die Forderung des LSVB, dass dies auch für die ambulante Pflege und hauswirtschaftliche Versorgung gelten muss. Deshalb wollen wir einen Paradigmenwechsel in der Pflegefinanzierung. Die Pflege soll als Vollversicherung alle pflegebedingten Leistungen vergüten. Damit die gesetzlich Versicherten nicht allein die Belastungen tragen, streiten wir für die Solidarische Gesundheitsversicherung: alle zahlen mit allen Einkommen – auch Kapitaleinnahmen – ohne Beitragsbemessungsgrenze in die Pflegeversicherung ein. Die private Pflegeversicherung als Vollversicherung entfällt, sie finanziert exklusive Zusatzleistungen. Daneben sollen auch bewährte Instrumente weiter bestehen. Das Pflegewohngeld bewahrt nicht wenige Menschen davor, in die Sozialhilfe nach SGB XII abzurutschen. Als alleiniges Instrument gegen die Pflegearmut ist es aber nach unserer Auffassung zu schwach.

Gemessen am Änderungsbedarf in der Altenpflege reichen die jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen der Bundesregierung nicht aus. Auch wir befürchten, dass die Krankenhauspflege einseitig zu Lasten der Altenpflege gestärkt werden soll.

3 a) Geriatrische Rehabilitation

Worin sehen Sie die großen Herausforderungen der geriatrischen Versorgungssituation in Bayern?

Welche Maßnahmen zur Verbesserung der geriatrischen Versorgungssituation in Bayern werden und wollen Sie mit der Kraft Ihrer Partei im Hintergrund fordern bzw. fördern?

Qualifizierte Versorgungsangebote der geriatrischen Rehabilitation müssen bedarfsgerecht, flächendeckend und wohnortnah zur Verfügung stehen. Informationsangebote und die Antragstellung sollen entbürokratisiert werden und barrierefrei nutzbar sein. Aufsuchende mobile Rehabilitationsangebote sind von der Bayrischen Landesregierung wirksamer zu fördern. In einem Flächenstaat sind dafür spezielle Lösungen und Finanzierungen für die erforderliche Mobilität zu sichern. Die Zahl der Versorgungsverträge muss kurzfristig deutlich steigen. Erforderlich sind auch mehr spezialisierte Rehaangebote für Menschen mit Demenz.

Geriatrische Rehabilitation gilt noch immer als weniger wert, denn sie hat nicht Wiederherstellung der Berufsfähigkeit zum Ziel. In Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit muss hier gegengesteuert werden. DIE LINKE befürwortet politische Vorgaben für deutliche Ausgabenerhöhungen der Kranken- und Pflegekassen für geriatrische Rehabilitationsangebote. Die Leistungen müssen auch für Menschen, die sich bereits in einem Pflegeheim befinden und für pflegende Angehörige gesichert und ausgebaut werden.

Sektorenübergreifendes Denken und regionale Versorgungskonzepte sollte die Landesregierung fördern. Dazu gehört auch, die Heilberufe deutlich aufzuwerten und die Rehakompetenz der Pflegekräfte schon in der Ausbildung auszubauen. Das Gegeneinander von geriatrischer Frührehabilitation in Krankenhäusern und „klassischer nichtklinischer Rehabilitation“ stört die Entwicklung übergreifender Konzepte.

4. Wohnen und Leben im Alter / Barrierefreiheit / Rollstuhlgerechtigkeit

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Umsetzung des Programms Bayern barrierefrei bis 2023 wie angekündigt 1 umgesetzt wird?

DIE LINKE Bayern will neue Barrieren vermeiden und bestehende abbauen. Immer mehr Menschen sind auf barrierefreien, bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Doch eine barrierefreie Wohnung nützt wenig, wenn das Umfeld nicht entsprechend gestaltet ist. Unser Ziel ist es, jegliche baulichen und kommunikativen Barrieren zu beseitigen, nicht nur beim Wohnen, sondern auch im öffentlichen Raum, in Einrichtungen der Daseinsvorsorge und im Nahverkehr. Wir wollen Barrierefreiheit verbindlich in der Landesbauordnung verankern sowie öffentliche Investitionen und Fördergelder an die Herstellung von Barrierefreiheit binden. Das Programm Bayern barrierefrei zielt in die richtige Richtung, muss aber endlich auch umfassend umgesetzt werden. Derzeit werden die dafür vorgesehenen Mittel nur in sehr geringem Umfang eingesetzt. Die Kommunen müssen endlich finanziell ausreichend ausgestattet werden, um eine gelingende Inklusion zu ermöglichen.

5. Bezahlbarer Wohnraum

Welche Konzepte hat Ihre Partei zur Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum bzw. welche Finanzierungsmöglichkeiten sieht Ihre Partei hier vor?

Wie steht Ihre Partei zur Gründung einer staatlichen Landeswohnbaugesellschaft?

Um die durch eine verfehlte Strukturpolitik entstandene Wohnungsnot mit Mietexplosionen in den Ballungszentren zu beheben bedarf es einer Vielzahl von Maßnahmen.

Die Bereitstellung von Bauland allein wird die Wohnungsnot nicht lösen, denn durch steigende Mieten und auslaufende Bindungen im sozialen Wohnungsbau gehen jährlich tausende bezahlbare Wohnungen verloren. Gleichzeitig erschweren die steigenden Bodenpreise den Neubau von Mietwohnungen, die sich Menschen mit geringen Einkommen und Durchschnittsverdienende überhaupt leisten können.

Deshalb brauchen wir den öffentlichen, sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. DIE LINKE Bayern fordert, dass jedes Jahr mindestens 40 000 Sozialwohnungen mit dauerhafter Zweckbindung in Bayern entstehen sollen. Gefördert werden sollen vorrangig kommunale, genossenschaftliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen, die nicht primär auf die Erwirtschaftung von Gewinnen ausgerichtet sind. Die finanzielle Förderung durch das Land muss entsprechend aufgestockt und neu ausgerichtet werden. Eine Landeswohnbaugesellschaft allein wird diese Aufgabe nicht erfüllen.

Wir brauchen nach dem Verkauf der Bayerischen Wohnbaugesellschaft zwar sicher eine neu staatliche Landeswohnbaugesellschaft und dergleichen auch auf kommunaler Ebene. Vor allem diese müssen für die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum sorgen. Unterstützt werden

müssen sie dabei vom Land und von den Kommunen werden in dem ihnen günstig Bauland zur Verfügung gestellt wird und nicht an andere Bauträger teuer für Luxuswohnungen verkauft wird. Darüber hinaus ist auch die falsche Strukturpolitik zu ändern bei der die Ballungszentren gefördert werden und das flache Land immer mehr Bevölkerung verliert, dort Häuser leer stehen und verfallen und Infrastrukturen zusammenbrechen.

Zusätzlich müssen Privatisierungen von öffentlichen Grundstücken und Wohnungen gestoppt, Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen durch gesetzliche Regelungen zur Zweckentfremdung von Wohnraum und für die Wohnungsaufsicht gestärkt und strukturschwache Räume durch ein Landesprogramm zur Bereitstellung günstigen Wohnraums und lebenswerter Nachbarschaften unterstützt werden.

6. Mobilität | Infrastruktur

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei; um dieser Prämisse gerecht zu werden?

DIE LINKE setzt sich für eine am Bedarf orientierte öffentliche Daseinsvorsorge im ländlichen Raum ein. Wir wollen damit erreichen, dass der ländliche Raum für alle Altersgruppen, insbesondere für Senior*innen, ein weiterhin lebenswerter Wohnort bleibt. Um ein "Ausbluten" der Dorf- und Ortskerne zu verhindern und kurze Wege zu ermöglichen, ist es notwendig, die verschiedenen Arten von Fördermitteln für die Entwicklung der Dorf- und Ortskerne zu nutzen, anstatt eine Zersiedelung voranzutreiben. Attraktive Ortskerne sorgen für die wohnortnahe Ansiedlung von Banken, Apotheken, Einkaufsmöglichkeiten und schaffen Wohnraum. DIE LINKE setzt sich auf allen politischen Ebenen konsequent für eine Sozialquote beim Wohnungsneubau ein, damit auch alleinstehende Rentner*innen noch die Miete zahlen können. Außerdem wollen wir Kommunen anhalten, ihre Wohnungsbauprojekte nach Konzepten zu vergeben und nicht nach der Größe des Profits. Über eine Konzeptvergabe kann zum Beispiel gezielt auf Barrierefreiheit und Pflegeaspekte schon beim Planen eingegangen werden. Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften haben hier eine Vorbildfunktion. Zusätzlich möchte DIE LINKE ein Umdenken in der Verkehrspolitik. Nicht nur um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, sondern auch um die nötige Mobilität insbesondere für Senior*innen zu gewährleisten. Wir setzen uns deswegen konsequent für einen barrierefreien und bedarfsgerechten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zum Nulltarif ein. Der Bund muss den flächendeckenden und barrierefreien Ausbau des ÖPNV mit einem Fonds für kommunale Investitionen finanziell bedarfsdeckend unterstützen, um den „Zwang zum Auto“ abzubauen. Für den ländlichen Raum wollen wir eine Mobilitätsgarantie schaffen, die z.B. durch flexible Angebote wie Bürgerbusse oder kostengünstige Anruf-Sammeltaxis ergänzt wird. Nahverkehrsunternehmen sollten Vorreiter dabei sein, neue Mobilitätsangebote, die durch die Digitalisierung und Automatisierung entstehen können, in ihre Angebote zu integrieren.

7. Wohnortnahe ärztliche Versorgung

Welche Maßnahme schlägt Ihre Partei zur Realisierung von nachhaltigen Versorgungskonzepten in diesem Bereich vor?

Gerade in der hausärztlichen Versorgung steuert Deutschland auf ein massives Versorgungsproblem zu. Für Regionen, wo Unterversorgung existiert oder droht, müssen neue Wege begangen werden. Gerade junge Medizinerinnen und Mediziner scheuen teilweise langzeitige Verpflichtungen und die hohe Investitionen für eine Niederlassung. Zudem wünschen sie sich stärkere interdisziplinäre Zusammenarbeit und eine flexiblere und familienfreundliche Arbeitszeitgestaltung. Moderne

Versorgungskonzepte wie poliklinische Einrichtungen können diesen Wünschen entgegen kommen. Auch Rotationspraxen, bei denen Ärztinnen und Ärzten unterschiedlicher Fachrichtungen tageweise eingerichtete Praxisräume zur Verfügung gestellt werden, sind ein zukunftsweisendes Konzept. Die Einrichtung von Patientenshuttles für Dörfer, in denen keine Vor-Ort-Betreuung gewährleistet werden kann, kann ebenfalls zur Versorgungssicherung beitragen. Wir fordern zudem, dass nichtärztliche Gesundheitsberufe mehr Verantwortung übernehmen können, um eine gute Versorgung auch in der Fläche sicherzustellen. Die Projekte für Gemeindefrauen wie AGNeS und VERAH sollten hierfür weiterentwickelt und in die Breite gebracht werden.

Nicht zuletzt muss auch die Bedarfsplanung selbst überarbeitet werden. Wenn trotz nomineller „100%“-Versorgung lange Wartezeiten oder Wege entstehen, stimmt grundsätzlich etwas mit der Bedarfsermittlung und der Versorgungssteuerung nicht. Das trifft nicht nur, aber in besonderem Maße auf die Psychotherapie zu. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat dafür detaillierte Vorschläge vorgelegt (siehe Antrag „Wohnortnahe Gesundheitsversorgung durch bedarfsorientierte Planung sichern“ Drucksache 18/4187).

8. Altersdiskriminierung

- a) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass sich Ihre Fraktion im Deutschen Bundestag gegen eine Altersbegrenzung für die Berufung in das Schöffenamtsamt (aktuell 70 Jahre) ausspricht?**

Wir sprechen uns im Allgemeinen gegen jegliche Form von Diskriminierungen aus. Als Schöffe bei Gericht zu helfen, sollten aus unserer Sicht gesundheitlich in der Lage sein, den Prozess aufmerksam zu verfolgen. Diese Voraussetzungen sollten in erforderlichen Fällen geprüft werden.

- b) Wird sich Ihre Partei im Bayerischen Landtag dafür einsetzen, dass die Altersgrenze für Landräte, Oberbürgermeister und hauptamtliche Bürgermeister in Bayern (aktuell 67 Jahre) abgeschafft wird?**

DIE LINKE.Bayern tritt für eine Abschaffung der Altersgrenzen für Landräte, Oberbürgermeister und hauptamtliche Bürgermeister in Bayern ein. Denn nicht Altersgrenzen, sondern die Stimmen der Wählerinnen und Wähler sollen entscheiden, wer die Amtsgeschäfte führen soll. Wir finden, es wäre ganz im Sinne des Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) dass auch die Altersdiskriminierung über durch die Aufrechterhaltung von Höchstaltersgrenzen abgeschafft gehört und gleichzeitig eine niedrige Einstiegsaltersgrenze eingeführt werden muss. Starre Altersgrenzen sollten individuellen Regelungen weichen.

9. Ausbau von Seniorenvertretungen

Haben Sie den Entwurf unseres Gesetzes schon einmal gelesen?

Warum sind Sie gegen den Vorschlag, in den Kommunen Seniorenräte verpflichtend einzurichten?

Die Linke setzt sich für die Schaffung von Seniorenvertretungen in den Kommunen und Ländern ein. Wir sind der Ansicht, dass Seniorinnen und Senioren deutlich stärker in die Politik einbezogen

werden müssen. Daher fordern wir ein Mitspracherecht in Gemeinderatssitzungen und Arbeitskreisen. Seniorenvertretungen müssen ein Rede- und Antragsrecht erhalten.

10. Ehrenamtskultur

Welche Vorstellungen in puncto einer verbesserten Anerkennungskultur des Ehrenamtes in Bayern hat Ihre Partei?

Das Ehrenamt hat hohe kulturelle Bedeutung und hohe soziale Bedeutung. Es ist daher zweifellos mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Dabei ist aber auch zu berücksichtigen, dass vor Jahren eine „Bayerisch.-Sächsische Zukunftskommission“ das Ehrenamt dazu missbrauchen wollte, um mit Ehrenamtlichen angeblich nicht mehr bezahlbare staatliche Leistungen zu ersetzen. Darum sagen wir: Ehrenamtliches Engagement von Senioren muss aus unserer Sicht mehr Anerkennung erhalten, gleichzeitig darf es aber nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze ersetzen. Wir setzen uns für eine bessere Anerkennung von Engagement ein, wie z.B. mit einer Ehrenamtskarte, sowie weitere Vergünstigungen für engagierte Menschen. Wir vergeben hier jährlich den Bruno-Engelhard Preis für Engagement gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus.